



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

⌘.: Parallelen äußerer und innerer Politik

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Nein, man wird sich auch in der Ostmark mit jenem Wahlrecht für Staat und Kommune abfinden müssen, um so mehr aber an Polizei und Schule als Stützen der Staatshoheit festhalten.

Below erwähnt noch kurz die deutsche Bauernbesiedlung. Ich gehe hier nicht darauf ein, so sehr ich ihr eifriger Anhänger bin, weil dies aus dem Rahmen der Antikritik herausfallen würde, die sich auf eine Abwehr der Angriffe beschränken muß. Aus demselben Grunde äußere ich mich auch nicht zu den Vorschlägen, die Below für Änderung des Landtagswahlrechtes macht.



Parallelen äußerer und innerer Politik



er ehemalige Reichskanzler Dr. Michaelis, von dem man jüngst einen seltsam unpolitischen Sermon lesen konnte, erlebt in seiner Einschätzung der „Friedensresolution“ vom 19. Juli eine Rehabilitierung als Politiker. Das seinerzeit berücksichtigte: „so, wie ich sie auffasse“ scheint jetzt zur stillschweigenden Klausel sämtlicher Parteien geworden zu sein. Es sind in der Tat „Schattierungen der Auffassung“ vorhanden. Die Reuerenz vor dem ehemaligen „Geklerhut“, wie Oberbürgermeister Körte im Herrenhause jene Erklärung nannte, hat an Respekt beträchtlich verloren oder wird zum mindesten sehr „individuell“ ausgeführt.

Von seiten des Zentrums erklärte der Abg. Trimbom auf dem Kölner Delegiertentage der Partei ihre „völlig freie Hand“ bei künftigen Friedensverhandlungen und die „Kölnische Volkszeitung“ vom 9. April stimmt damit überein. Sogar „Organe“ Erzbergers, wie das „Stuttgarter Deutsche Volksblatt“, schreiben unter dem Motto „Gott strafe England“ angesichts der Offensive: „England hat an die Entscheidung des Schwertes appelliert, nun gut, es hört sein Urteil“. Da bekommt am Ende jener überschlaue Insulaner recht, der vor einiger Zeit den Vater der Verständigungsentschließung als einen höchst gefährlichen Intriganten im Dienste der Tirpitzschen Auslandspropaganda seinen Landsleuten abmalte! Merke es dir, „Tägliche Rundschau“!

Die sozialdemokratische Mehrheitsfraktion hatte sich bekanntlich bei der Entscheidung über den deutsch-russischen Friedensvertrag der Stimme enthalten. Anlässlich der letzten Wilsonrede antwortet aber auch ihr Berliner Offiziosus, der „Vorwärts“, hart auf hart: „Entweder es gelingt in absehbarer Zeit den Krieg mit militärischen Mitteln zum Abschluß zu bringen, oder die Zukunft liegt dunkel vor uns“. Später erklärte das Blatt gegenüber angeblich „mangelhaftem Verständnis“ von alldeutscher Seite, man wolle keine Eroberungen, „gerade ein siegreiches Deutschland“ müsse „im eigensten Interesse einen Frieden der Verständigung und Versöhnung schließen“. Die „einzige“ Hoffnung auf diesen Frieden wird aber doch in einem „durchschlagenden Siege im Westen“ erblickt, und das sind wesentlich andere Töne, als man sie von Herrn Scheidemann trotz nachträglicher Klarstellungen gehört hat.

Aber auch der dritte fehlt im neuen Bunde nicht. „Es scheint uns eine Zeit hereingebrochen zu sein, in der die kosmopolitisch-pazifistische, gefühlseelige, glaubensbeschwingte Menschheitsphantasie... gegen den furchtbaren Ernst des Tages und der Stunde zurückzutreten hat“, so mahnt die „Dreslauer Zeitung“, das führende Fortschrittsblatt Schlesiens, die Parteigenossen. Und aus ernststen Erfahrungen während des Krieges stammt die Erkenntnis: „Wir würden es wie eine Art schlimmen Landesverrates betrachten, wenn man hier (nämlich an der schlesischen Grenze) nicht Sicherheit für die Zukunft... schüfe“.

Professor Troeltsch von der Berliner Universität, von dem die „Antivaterlandspartei“, der Volksbund für Freiheit und Vaterland seinerzeit das Geleitwort ins politische Leben empfing, redet nunmehr in den „Münchener Neuesten Nachrichten“ von „Verschiebungen der inneren Front“; die Verständigung könne nicht mehr nach den Grundfäden der Papstnote und der Reichstagsresolution begründet werden. Der Gedanke an Entschädigungen und an Sicherungen werde unter gewissen Voraussetzungen „selbstverständlich“. Die Stichworte Belfort und Briey fallen, werden also dadurch von jenem Odium befreit, mit dem die Verzichtspresse sie gekliffentlich umgeben hatte.

Auf der Linken fragte man jüngst, ob nicht die konservative Partei als „Strangschläger“ abzufertigen sei. Die Strangschlägerei scheint aber auch im anderen Lager recht verbreitet, und an dem erregten Gebahren des „Berliner Tageblattes“ anlässlich der Besprechung des Troeltsch'schen Artikels sowie über die Haltung des fortschrittlichen Abg. Dr. Müller-Meinigen, der sich „zum Annexionismus bekannt“ habe, läßt sich ermaßen, wie schwer es hält, das Mehrheitsgepann in der gewünschten Richtung zu lenken. Und die Absagen fortschrittlicher Abgeordneter an den bisherigen Kurs wachsen ständig an Zahl!

Woher dieser Wandel der Anschauungen? „Look at the frontier“, blick' nach der Grenze, möchte man mit dem Engländer Seeley sagen, der so den Zusammenhang zwischen innerer und äußerer Politik begründen will.*) Es ist der Sturmwind der großen Entscheidung, der von den Schlachtfeldern Nordfrankreichs daherbraust und auch den Daheimgebliebenen in neuer Lebensbejahung die Wangen rötet. Der Stand des politischen Zimmerthermometers bleibt eben trotz aller künstlichen Heizung abhängig von der Außentemperatur.

Die Wechselwirkung ist aber noch von anderer Art. Walther Rathenau in seinen stets anregenden, wiewohl nicht ohne Vorsicht aufzunehmenden Gedanken „Von kommenden Dingen“ meint gelegentlich: „Das stärkste Argument für das Bestehende ist der Erfolg. Brächte der gegenwärtige Krieg den raschen Erfolg eines vollwertigen Sieges, so wäre die Verwirklichung des deutschen Volksstaates nicht beschleunigt. Und dennoch gibt es keinen Deutschen, der Volk und Heimat liebt, und der nicht tausendmal lieber die verschärfte Reaktion von 1815 ertrüge, als den kleinsten Abbruch der nationalen Macht und Ehre.“

Man braucht unser Vaterland nicht auf eine Stufe zu stellen mit jenen Staaten, wo die Regierung durch Prestigekriege den Blick des Volkes von den Mißständen im Inneren ablenkt, um die Wahrheit des Sages zu erkennen, daß eine Bewährung in kriegerischer Not das Vertrauen auf die eigenen Einrichtungen stärken muß. Und nun gar in diesem furchtbarsten aller Existenzkämpfe! Ebenso klar ist, daß Krisenzustände der äußeren Lage neben der allgemeinen Lähmung, aus der z. B. bei uns die schwächliche Zulientschließung geboren wurde**), alle Geister der Unzufriedenheit auf den Plan rufen.

Man hat bei der ersten Kommissionsabstimmung über die Wahlrechtsvorlage den Konservativen Baisse-Spekulation vorgeworfen. Aber spekulierten weite Kreise der Reichstagsmehrheit nicht à la baisse des deutschen Schwertes, wenn sie in trüber Zeit den Ruf nach Machtverstärkung des Parlaments erhoben!? Das sollte von dieser Seite doch nicht als Verdächtigung entrüstet abgelehnt werden.

*) Vgl. „Grenzboten“ Nr. 41 (1917) S. 52. (Meißner, „Über den Zusammenhang von innerer und äußerer Politik“.)

**) Das stellt Wolfgang Heine im „Tageblatt“ (14. April) als falsche Behauptung der Vaterlandspartei energisch in Abrede. Aber seine eigene Ansicht, die Mehrheitspolitik sei (auch am 19. Juli) „auf das Bewußtsein der deutschen Stärke begründet gewesen“, steht doch in unversöhnlichem Widerspruch mit allen Nachrichten, die allmählich über die Situation im vergangenen Frühjahr und Sommer durchsickern. Man vergleiche, was vor einiger Zeit Thimme, also für Heine wohl ein unverdächtigster Zeuge, in den Annalen für soziale Politik und Gesetzgebung darüber gesagt hat, und neuestens die vom Grafen Reventlow und Georg Bernhard übereinstimmend veröffentlichten Beziehungen Erzbergers nach Wien, die für den Reichstagsbeschluß vom Juli mit entscheidend gewesen sind.

Wir wollen gern zugeben, daß man umgekehrt an einen günstigen Fortschritt der militärischen Aktionen auch ganz bestimmte innerpolitische Hoffnungen knüpfte, die jene Entrüsteten ohne weiteres als Reaktion verschreien. Sei's darum, dann aber Gerechtigkeit auf beiden Seiten, meine Herren!

Vor einigen Wochen schrieb ein Spanier daheim: „Uns scheint es, daß die, die die Stimme am lautesten nach dem parlamentarischen Regime erheben, unter dem Einfluß einer augenblicklichen Suggestion, die von außen aus den feindlichen Ländern gekommen ist, handeln. . . . Aber . . . der größte Teil derer, die eine vollkommene Demokratisierung und als deren Garantie das parlamentarische Regime verlangen, scheint nicht sehr überzeugt zu sein von der Notwendigkeit des Verlangten. . . . Und das daher, weil alle Deutschen im Grunde darüber einig sind, daß die Regierungsform, die sie aufwärts führte und während der Friedenszeit groß und für den Krieg unbeflegbar machte, gut ist und gut bleiben wird, solange sich nicht das Gegenteil ausweist. Es steht fest, daß von dem Ausgange dieses Krieges zum großen Teil der Kurs abhängen muß, den die neuen politischen Tendenzen in Deutschland einschlagen werden.“

Wir sind hinsichtlich der Anhänger parlamentarischer Regierungsweise bei uns nicht so optimistisch wie der neutrale Beobachter, aber das eine ist sicher, in Zeiten gesteigerten Kraftgefühls erliegt der Organismus von außen kommenden Suggestionen schwerer, und (mit Rathenau zu reden) „das stärkste Argument für das Bestehende ist der Erfolg.“

So wirken die Ereignisse der äußeren auf die innere Front. Die Resolution vom 19. Juli ist heute für viele, die sie einst unterschrieben, nur noch ein „chiffon de papier“; als „innerpolitisches Interessengeschäft“, wie der Außenseiter Martin Spahn die Reichstagsmehrheit nennt, floriert sie noch, trotzdem von je auch hier „Schattierungen“ unter den Teilhabern bestehen. Wir haben das an dieser Stelle wiederholt bemerkt und erinnern diesmal nur an die jüngsten Ausführungen der „Germania“ (Nr. 161) über das parlamentarische Enqueterrecht (anlässlich des Falles Lichnowsky), deren schroff abweisender Ton in der Jerusalemer- und Lindenstraße wenig Entzücken erregt haben wird.

Die Haltung des Blattes ist, nebenbei gesagt, merkwürdig genug, da die Erzbergerische Richtung des Zentrums (und deren Sprachrohr ist und bleibt die „Germania“) bemüht auf eine Machtwermehrung des Parlaments hinarbeitet und in diesem Sinne soeben (Nr. 169) empfindlich das Polen-Verdovous der Reichstagsmehrheit gegenüber dem Landwirtschaftsminister von Eisenhart-Rothe verteidigt.

In der nun wieder auf der Tagesordnung stehenden Frage der Wahlreform dürfte das Zentrum noch eine Rolle spielen, die man für gewöhnlich neben den nationalliberalen (und freikonservativen) Akteuren übersieht, weil sich ihr Vertreter zunächst im Hintergrunde der Ereignisse hält. Schon das Verhältnis zwischen Partei und Landtagsfraktion war hier ein anderes als bei den Nationalliberalen. Erstere vermied sichlich jedes Hineinreden, weil „die Entscheidung und Verantwortung für die preussische Wahlreform lediglich bei den preussischen gesetzgebenden Faktoren liege“ (Abg. Trimborn im Reichstage). Diese preussischen Kommissionsmitglieder nun ihrerseits waren in der tattisch günstigen Lage, sich nicht für oder gegen das gleiche Wahlrecht formell festlegen zu brauchen, da ja in der ersten Lesung nur über den konservativen Pluralantrag abgestimmt worden ist (worauf wir bereits am 1. März hinwiesen). Bei der zweiten Lesung ist ja die Partei insofern aus dem ungewissen Dunkel ihrer Haltung herausgetreten, als sie sich für Wiederherstellung des § 3 in der Fassung der Regierungsvorlage entschieden hat. Damit dürfte aber noch keineswegs ein bindendes Präzedens für die Plenardebatte geschaffen sein. Da und solange es feststeht, daß der Widerspruch eines Teiles der Nationalliberalen genügt, das gleiche Wahlrecht zu Fall zu bringen, kann sich das Zentrum den Luxus „populärer“ Abstimmung leisten, hat doch die Partei als solche von dem Glanze die angenehmsten Vorteile. Ob das allerdings so bleibt, wenn die Majorität gegen die Regierungsvorlage zweifelhaft wird, möchten wir ohne prophezeien zu wollen, dahingestellt sein lassen. Tatsache ist

doch, daß im Schoße der Partei alles andere als Einigkeit herrscht, und daß die feudal-agrarischen Elemente sowie die Geistlichkeit schwerlich mit Mathias Erzberger durch dick und dünn gehen werden. „Die Zentrumsparlei als Ganzes kann sich nur als Partei der Mitte mit vorsichtiger, aber zuverlässiger Pflege ihrer alten Beziehungen zur Rechten lebensfähig erhalten“, schrieb kürzlich der jüngere Spahn. Die Zeiten des schwarz-blauen Blocks sind noch nicht vergessen! Das offenbart sich sogar ganz deutlich bei dem im übrigen gegen Spahn polemisierenden Abgeordneten Jaeger (Germania Nr. 172, 173). Heute kommt aber auch noch das Bündnis mit den Nationalliberalen in Frage. Mit Recht wird von einer „Tragödie der Irrungen“ bei den zwei Mittelparteien gesprochen. Hier wie dort „leidet man unter der taktischen Unmöglichkeit, wirklich das zu sagen, was ist, die Nationalliberalen noch mehr als das Zentrum, weil sie eben unter den Druck der Agitation im eigenen Lager gestellt sind. Diese Situation hat bei der gegenseitigen Abhängigkeit dahin geführt, daß abwechselnd ein Schritt nach dem andern auf der schiefen Ebene abwärts geschah. Sie könnte ebenjogut zur umgekehrten Erscheinung führen, sobald von einer Seite dazu entschlossen der Anfang gemacht würde. Einem Schritt des einen Teiles rückwärts vom Abgrund müßte der andere Teil ebenfalls folgen und würde es mit einem Gefühl der Erleichterung tun.“ („Rote Tag“ vom 2. April.)

Wie dem sein mag, der Kampf um die Wahlreform — auch darin liegt eine Parallele zwischen innerer und äußerer Politik — befindet sich jetzt in jenem Stadium, wo eine Verständigung unter den Parteien aussichtslos geworden ist, es handelt sich lediglich um die Probe der Macht. Darum dauerte auch die erneute Lesung nicht volle zwei Stunden. „Jeder sagte sich, so bemerkt mit Recht der „Vorwärts“, „daß das Reden keinen Zweck mehr hat, denn daran, daß man sich gegenseitig überzeugen könnte, war nicht zu denken.“ Aber eben weil die „Überzeugungen“ auf beiden Seiten festgelegt sind, sollte das Blatt der sozialdemokratischen Mehrheit sie auch beim Gegner gelten lassen und bei diesem nicht von „dreister Herausforderung“ oder — in plumpester Agitationsmanier — von „Hohn und Betrug einem ganzen Volke gegenüber“ reden.

Es wäre viel gewonnen, wenn unsere Politiker sich die Fähigkeit aneigneten, den gegnerischen Standpunkt objektiver zu begreifen und nicht immer gleich persönliche Zwecke zu wittern. Gar zu leicht springt dieser Pfeil auf den Schützen zurück. Findet sich z. B. doch in demselben „Vorwärts“-Artikel die unvorsichtige Behauptung, die wenigen Änderungen, die die Vorlage gegenüber den Beschlüssen erster Lesung erfahren habe, seien teils „Verslechterungen“, teils „völlig belanglos“. Natürlich spießt die „Kreuzzeitung“ sofort den fetten Wissen auf, indem sie an die besondere Berücksichtigung der Kriegsteilnehmer, was Wohnsitzklausel und Zusatzstimmen betrifft, erinnert. Und so geht die leere Polemik in Replik und Duplik auf Kosten des Sachlichen endlos weiter.

Auch noch ein anderes würde die so oft beklagte Schroffheit unserer deutschen Parteigegegensätze mildern. Wenn man nämlich Sinnesänderungen innerhalb des gegnerischen Lagers nicht immer gleich als vereinzelte Fälle abtun und höhnisch als „Bekehrungen“ brandmarken wollte, wodurch die Betroffenen vor den Kopf gestoßen und die Brücken leichter Verständigung schon im Bau wieder abgebrochen werden.

Ein Beispiel dafür von rechts, denn auch hier ist man nicht ohne Schuld und Fehler. Die im Verlage für Sozialwissenschaft erscheinende, von Parvus herausgegebene Zeitschrift: „Die Glocke“ enthält bei aller Parteilichkeit der Anschauungen eine Fülle von Beiträgen sozialdemokratischer Schriftsteller, deren Geistesrichtung man im Interesse einer Gewinnung der größten deutschen Partei für den Staat nur aufs allerherzlichste begrüßen sollte. Was hier Männer wie Heilmann, Winnig, Lenich und andere über innere und äußere Politik schreiben, läßt höchste Zukunftshoffnungen keimen. Wie aber stellt sich unsere konservative Presse dazu? Die Botschaft hört sie wohl, allein der Glaube fehlt ihr, weil es ja doch nur „Stimmen von Predigern in der Wüste“ seien („Tag“ vom 5. April, „Kreuzzeitung“

vom 9. April). Soll denn aber eine Millionenpartei, die vor noch nicht langer Zeit außerhalb des Staates nicht nur stand, sondern auch gestellt wurde, von heute auf morgen ihre Ansprüche verleugnen? Müssen nicht auch hier Individualitäten und kleine Gruppen als Pioniere vorangehen, auf daß die große, breite Masse folgen kann? Und ist es nicht schon etwas Außerordentliches, wenn ein Mann wie Paul Lensch, ehemals Chefredakteur der „Leipziger Volkszeitung“, also der Radikalsten einer, sich zu Anschauungen hindurchringt, wie sie uns in seinen Büchern über die Sozialdemokratie und „Drei Jahre Weltrevolution“ entgegen-treten? Seichten Spott über den zum Saulus gewordenen Paulus kann unsere konservative Presse ruhig dem „Johannes Fischart“ in Jakobsohns „Weltbühne“ überlassen, der sich den Namen jenes „gewaltigsten Publizisten nach Luther“ so anspruchsvoll und so grundlos beilegt. Denn für sie soll doch der Gang nach Damaskus immer noch seine alte ernste Bedeutung im Sinne einer wirklichen „Metanoia“, das ist Sinnesänderung aus innerer Not, besitzen! ✠



Neue Bücher

Suchier, Dr. Walther (Regierungsarzt), „Deutsch-Südwest im Weltkrieg“. Kriegseindrücke aus den Jahren 1914/15. Mit einer Übersichtskarte. Verlag von E. S. Mittler u. Sohn. Berlin 1918. Preis 3 M.

In den letzten Jahren ist eine Reihe kleiner Bücher veröffentlicht worden, die denkwürdige Episoden des Krieges schildern und von jedem Deutschen gelesen werden sollten. Es sei hier beispielsweise an „Emden“, „Ayeshah“, „U-Deutschland“ erinnert. Ihnen reiht sich die jetzt vorliegende Schrift würdig an. Es ist menschlich begreiflich, daß wir, betäubt von dem gewaltigen Geschehen auf dem Boden des alten Europa, die Leidensstage unserer Schutzgebiete nicht in voller Lebensfrische miterlebten. Die Unkenntnis von Land und Leuten, die weite Entfernung taten das ihre. Wenn sich aber nun mit dem Erscheinen des vorliegenden Bändchens Gelegenheit bietet, rückschauend den in seiner Ausichtslosigkeit tief tragischen Kampf der kleinen Schar deutscher Männer in Südwest zu überblicken, sollte niemand versäumen, ihr ein paar Stunden dankbaren Gedankens zu weihen. Mit stärkster Anteilnahme folgen wir den Schilderungen des Arztes Dr. Suchier, der der Schutztruppe ein treuer Begleiter war. Innerlich bereichert, gestärkt im Glauben an deutsche Art legen wir den schlichten, aber ungemein fesselnden Bericht aus der Hand. Über den wirtschaftlichen Wert der Kolonie mag man streiten, ideell ist uns der sandige Boden Afrikas am Atlantischen Ozean durch das Opfer unerschrockener Männer um des Vaterlandes Ehre willen zur Heimat Erde geworden. Nicht uninteressant ist es feststellen zu können, daß auch englische Besinnung und Kampfesweise unter allen Himmelsstrichen die gleichen bleiben. M. K.

Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
 Verantwortlich: der Herausgeber Georg Kleinow in Berlin-Richterfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:

An die Schriftleitung der Grenzboten in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35 a.
 Fernsprecher des Herausgebers: Amt Richterfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Bügow 6510.
 Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35 a.
 Druck: „Der Reichsbote“ G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 36/37.